

BILDUNGSMATRIX

Sicherung der Partizipation und Mitbestimmung

Themenfeld Hochschule

WESENTLICHE HANDLUNGSFELDER:

Selbstverwaltung durch Partizipation und Mitbestimmung aller Beteiligten stärken

Entscheidungen der Hochschulen im Rahmen der Selbstverwaltung der "Gruppenhochschule" - bestehend aus dem wissenschaftlichen Personal, dem Verwaltungs- und Dienstleistungspersonal sowie den Studierenden - ermöglichen neue Spielräume und Innovationen für einen positiven Entwicklungsprozess von Lehre, Wissenschaft und Forschung. Diese veränderten Bedingungen **verlangen zur Stärkung dieses Prozesses eine erweiterte Beteiligung aller Gruppen der Hochschule.**

Die Gruppenhochschule erweitern und entwickeln

Autonomie der Hochschulen heißt mehr als die Reduzierung beziehungsweise Abwesenheit staatlicher Lenkung. Um erfolgreich zu sein, braucht sie ein hohes Maß an Identität der Hochschulangehörigen mit "ihrer" Hochschule. Identitätsfindung wird durch die Mitbestimmung der Gruppen in den Entscheidungsgremien gefördert; das schließt die verfasste Studierendenschaft mit einem allgemeinen politischen Mandat ein.

Hochschulen haben Verantwortung als Unternehmen und Arbeitgeber

Das Handeln der verantwortlichen Leitungsgremien orientiert sich verstärkt an Maßstäben des Wettbewerbs, der Betriebswirtschaft und Ergebniseffizienz. In einer solchen unternehmerischen Neuausrichtung von Hochschulen stellt sich die Aufgabe, angemessene arbeits- und sozialrechtliche Standards der Beschäftigten zu sichern und weiterzuentwickeln.

EMPFEHLUNGEN AN POLITIK UND HOCHSCHULEN:

Autonomie der Hochschulen und Partizipation der Hochschulangehörigen in Hochschulgesetzen der Länder ausbauen

Dabei geht es auch um die Entwicklung und Anwendung qualitätssichernder Steuerungsinstrumente (zum Beispiel in der Akkreditierung von Studiengängen und in der Erarbeitung von Entwicklungsplänen) unter Beteiligung der Hochschulangehörigen.

Teilhabe am Unternehmenserfolg der Hochschule möglich machen

Das kann - zunächst modellhaft - durch hochschuleigene Gratifikationsregelungen im Hinblick auf Entgelte oder Schaffung beziehungsweise Sicherung von Arbeitsplätzen geschehen.

Interessenvertretung und wissenschaftspolitisches Engagement verknüpfen

Zur Wahrnehmung dieser anspruchsvollen Aufgaben müssen den Vertreterinnen und Vertretern der Gruppen der Hochschulangehörigen die erforderlichen Zeitbudgets (einschließlich Freistellungen) sowie Qualifikationen ermöglicht werden. Es geht dabei auch um praktizierte Mitbestimmung im Prozess der sich beschleunigenden Europäisierung und Internationalisierung von Wissenschaft, Forschung und Lehre.

HANDLUNGSEBENE DER IG BCE:

Die IG BCE regt einen regionalen Informationsaustausch zwischen den Interessensvertretungen von Hochschulen und Betrieben an. Soweit Kooperationsstellen "Hochschule - Gewerkschaften" bestehen, werden diese mit einbezogen.

Die IG BCE regt an, gemeinsam mit dem DGB gewerkschaftliche Hochschulgruppen mit den Studierenden auf- und auszubauen.

